

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zur
Diskussion über einen
deutschen Sitz im UN-
Sicherheitsrat: Das
neue Gewicht auch in-
stitutionell einbringen.

Seite 1

Inge Wettig-Daniel-
meier MdB zum 120.
Jahrestag der Verkün-
dung des Paragraphen
218: Wir wollen nicht
mehr nach Holland fah-
ren müssen!

Seite 3

Dokumentation

Der SPD-Bundestags-
abgeordnete Hans
Büchler, in der vorheri-
gen Legislaturperiode
deutschlandpolitischer
Sprecher seiner Frak-
tion, hielt am 1. Mai im
Rahmen der Mehlemer
Diskussionswoche
einen Vortrag, den wir
in zwei Teilen doku-
mentieren. (Teil II und
Schluß)

Seite 4

46. Jahrgang / 91

15. Mai 1991

Das neue Gewicht auch institutionell einbringen

Zur Diskussion über einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1973 Mitglied der Vereinten Nationen. Sie hat bislang eine sehr unauffällige Rolle gespielt, auch deshalb, weil durch die Teilung und durch die parallele Mitgliedschaft der DDR, Vorsicht und Zurückhaltung durchaus geboten schienen. Nun wird die Bundesrepublik gedrängt, mehr weitpolitische Verantwortung zu übernehmen. In diesem Zusammenhang wird die Forderung erhoben, Deutschland solle ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates werden. Dabei ist davon auszugehen, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen größerer deutscher Verantwortung und besserer deutscher Mitwirkung an der Beschlußfassung des UNO-Sicherheitsrates.

Bei uns, aber auch im westlichen Ausland, stößt der Gedanke einer Sicherheitsratsmitgliedschaft der Bundesrepublik auf Ablehnung oder zumindest auf Skepsis. Eine ablehnende Position wäre durchaus vertretbar, wenn nicht die bislang vorgebrachten Gründe und Begründungen gegen eine Sicherheitsratsmitgliedschaft der Bundesrepublik so schief, unrealistisch, ärgerlich, insgesamt also nicht stimmig wären. Es sind im wesentlichen vier Kategorien von ablehnenden Gründen, die gegen eine Sicherheitsratsmitgliedschaft der Bundesrepublik vorgebracht werden.

Ablehnung 1: Deutschland brauche nicht Mitglied des Sicherheitsrates zu werden, weil die EG anstelle von Großbritannien und Frankreich einen Sitz im Sicherheitsrat einnehmen könne.

Einwand: Ein solcher Vorschlag ist zwar interessant, aber aus zwei Gründen nicht realistisch: Weder Großbritannien noch Frankreich als EG-Mitglieder werden freiwillig auf ihren Sitz im Sicherheitsrat verzichten. Zum anderen stellt sich die Frage, ob die EG als die Summe von 12 heterogenen Staaten im Sicherheitsrat handlungsfähig wäre. Kann sich die 12er (EG) mit den allseits beklagten außenpolitischen Defiziten auf schnelle Entscheidungen in weitpolitischen Konflikten verständigen? Und: Sind sie in der Lage, einen Beschluß des Sicherheitsrates umzusetzen? Zweifel sind angebracht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenloser Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Bundesaußenminister Genscher hat in seiner vielzitierten Davoser Rede am 3. Februar 1991 zur Außenpolitik der 12er - EG selbstkritisch von "zweif Außenpolitikern" gesprochen. Im Abstimmungsverhalten der 12er-EG auf der 45. Generalsversammlung der UNO zeigte sich erst jüngst, daß nicht die EG abstimmte, sondern zwölf Auswärtige Ämter.

Ablehnungsgrund 2: Es genüge, daß Frankreich und Großbritannien im Sicherheitsrat die gemeinsame europäische Position vertreten (Bundespräsident von Weizsäcker anläßlich seines Paris-Aufenthaltes im März 1991).

Einwand: Frankreich und Großbritannien vertreten französische und britische Positionen im Sicherheitsrat. Es ist nicht erkennbar, daß sie gewillt sind, ihre Sicherheitsratspolitik zu europäisieren.

Ablehnungsgrund 3: Die Zusammensetzung des Sicherheitsrates spiegelt das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges wider und dieser fortgeltenden Konstellation stehe einer Aufnahme Deutschlands in den Sicherheitsrat im Wege (Regierungserklärung von Außenminister Dumas vor der Französischen Nationalversammlung im Februar 1991).

Einwand: Ein anachronistisches Argument, das im übrigen die Gesichtspunkte, die unter 1 und 2 genannt sind, ausdrücklich bestätigt. Frankreich sieht in seinem Sitz im Sicherheitsrat ein exklusives Recht, ein Privileg, das untellbar ist, und an dem Frankreich festhalten will. Im übrigen: Während der amerikanische Präsident von einer neuen Weltordnung spricht, deren Kern die UNO sein kann, propagiert Frankreich ein Abbild der Vergangenheit.

Ablehnungsgrund 4: Die Aufnahme Deutschlands in den Sicherheitsrat verstärkt das Gewicht des "Nordens" weiter zu Lasten des "Südens", der, sieht man von den nicht-ständigen Sitzen ab, nicht vertreten ist.

Einwand: Dieses Argument ist zutreffend. Die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder repräsentieren den Norden, auch wenn die Volksrepublik China sich gern als Sachwalter der Entwicklungsländer gibt. Allerdings übersehen Vertreter dieses Arguments etwas: Eine Veränderung der Sicherheitsratszusammensetzung kommt ohnehin nur im Rahmen einer Charta-Reform zustande. Es gibt seit Jahren eine Diskussion im Charta-Reform-Ausschuß der Vereinten Nationen. Und seit Jahren gibt es Kandidaten für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Dazu zählen neben Vertretern des Nordens, insbesondere Japan, Vertreter des Südens, wie Nigeria, Brasilien und Indien. Das heißt, Deutschland kann ohnehin nur im Rahmen einer Charta-Reform und unter der Voraussetzung Mitglied des Sicherheitsrates werden, daß auch andere Kandidaten aufgenommen werden.

Ergebnis: Keiner der ablehnenden Gründe ist überzeugend. Vielmehr sind sie diskriminierend. Deutschland sollte unter diesen Bedingungen nicht auf eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat verzichten, auch wenn bedacht werden muß, daß die UNO-Charta nur mit Zustimmung der bisherigen fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder geändert werden kann und schon jetzt klar ist, daß Frankreich sein Veto einlegen wird. Wenn dies jedoch so ist, so müßte dies Gegenstand der deutsch-französischen Konsultationen werden, um auf Frankreich Einfluß auszuüben mit dem Ziel: entweder wird Deutschland Mitglied des Sicherheitsrates oder es gibt eine geregelte deutsch-französische Zusammenarbeit im Sicherheitsrat im Rahmen der französischen Mitgliedschaft.

Es bleibt dabei: Wenn Deutschland mehr Mitverantwortung tragen will, muß es auch nach mehr Mitwirkungsmöglichkeiten Ausschau halten. Wenn erklärt wird, die UNO sei eine wichtige zukunftsorientierte internationale Organisation und Deutschland aufgefordert wird, hier mehr einzubringen, dann muß Deutschland sein Gewicht auch institutionell verankern. Das wichtigste Hauptorgan der Vereinten Nationen ist der Sicherheitsrat. Er ist für die internationale Sicherheit und den Frieden verantwortlich und das einzige sanktionsbefugte Organ der Weltorganisation.

Ein Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf einen Sitz im Sicherheitsrat (ständig mit Vetorecht oder nicht-ständig ohne Vetorecht) sollte nicht vorzeitig ausgesprochen werden, sondern könnte eine Option sein, nachdem die Diskussion über unsere neue Rolle in der internationalen Politik (die UNO ist ein wichtiger Akteur in den heutigen internationalen Beziehungen) zu einem entscheidungsreifen Ergebnis gekommen ist.

Zur Zeit findet diese Rollendiskussion in strukturierter Form und mit dem erkennbaren Ziel von Entscheidungen in Bonn nicht statt.

Empfehlung:

1. Kein vorschneller Verzicht auf eine etwaige Sicherheitsratsmitgliedschaft ohne nicht zuvor die neue Rolle Deutschlands in der internationalen Politik definiert zu haben.
2. Strukturierte Diskussion über Vor- und Nachteile einer Sicherheitsratsmitgliedschaft im Bundestag, in den Parteien und in der Wissenschaft.
3. Verhandlungen in der EG über eine etwaige EG-Mitgliedschaft im Sicherheitsrat.
4. Gespräche mit Frankreich über die Möglichkeit einer gemeinsamen deutsch-französischen Sicherheitsratspolitik, wobei Frankreich Mitglied des Sicherheitsrats bliebe.
5. Nach der strukturierten Diskussion bei uns, Verhandlungen in der EG, Gespräche mit Frankreich sollte dann die Entscheidung getroffen werden.

(-/15. Mai 1991/rs/fr)

Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren müssen!

Zum 120. Jahrestag der Verkündung des Paragraphen 218

**Von Inge Wettig-Danielmeyer MdB
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Seit 120 Jahren bedroht das deutsche Strafrecht Frauen, die sich im Konflikt für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, mit Strafen. Der wilhelminische Paragraph diskriminiert immer noch Frauen, weil sie Frauen sind. Er hat unendliches Leid über Frauen und Familien gebracht und er hat immer die getroffen, die sich keinen diskreten teuren Arzt oder die Auslandspreise leisten konnten: Arbeitnehmerinnen, kleine Angestellte und Hausfrauen.

Seit der Jahrhundertwende ist der Paragraph 218 in Deutschland umstritten. Vor allem Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben gegen ihn gekämpft, um Gesundheit und Menschenwürde der Frau zu wahren.

1926 wurde das Strafmaß von anfangs fünf Jahren Zuchthaus herabgesetzt. 1927 erkannte das Reichsgericht in Leipzig die medizinische Indikation als rechtfertigenden übergesetzlichen Notstand an. 1972 führte die DDR eine Fristenlösung ein. In der alten Bundesrepublik wurde 1975 eine gründliche Reform im Sinne einer Fristenlösung vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt. Die schließlich von der sozialliberalen Koalition 1976 durchgesetzte umfassende Indikationsregelung wurde durch die restriktive Umsetzung in konservativen Bundesländern und durch rigide Rechtsprechung unterlaufen.

In den letzten Jahrzehnten ist das Schwangerschaftsrecht in vielen Ländern der Erde reformiert worden. Die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigung Deutschlands verlangen auch von uns endlich ein vernünftiges Schwangerschaftsrecht.

Werdendes Leben kann nicht durch das Strafrecht und es kann nicht gegen den Willen der Frau geschützt werden. Deshalb erkennen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht der Frau an. Ein Gesetz, das dieses Selbstbestimmungsrecht mißachtet, ist für uns nicht annehmbar.

Wir wollen Frauen helfen. Keine Frau soll sich durch die Lebensumstände zu einer Entscheidung gegen das Kind gezwungen sehen. Auch das gehört zu ihrem Recht auf Selbstbestimmung. Und: Das kostet unsere Gesellschaft Geld, viel Geld! Aber es ist sinnvoll angelegtes Geld!

Wir wollen, daß Frauen Rat finden. Aber Beratung unter Zwang ist ein Widerspruch in sich. Beratungszwang führt zu demütigendem Spießbrutenlauf und zur Unehrlichkeit Zwangsberatung schützt weder werdendes Leben noch hilft sie der Frau.

Unsere Kinderfreundlichkeit muß weiter reichen als bis zur Geburt. Deshalb müssen sich Staat und Gesellschaft an den Kosten der Kindererziehung beteiligen, sie müssen endlich in der Bundesrepublik Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen, wie sie in anderen Industrienationen längst üblich sind.

Die bisherigen Vorschläge aus der CDU und CSU bringen keinen Fortschritt, sie taugen nicht als Ausgangspunkt für gemeinsame Beratungen. Sie mißachten das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Es nützt nichts, die Strafandrohung für Frauen zu streichen, wenn Ärztinnen und Ärzte von nicht kalkulierbaren Strafen bedroht sind. Die Hürden für den Schwangerschaftsabbruch werden so erhöht. Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren!

Wir, die Frauen in der SPD, wollen mit den reformwilligen Abgeordneten aller Bundestagsfraktionen gemeinsam den alten Paragraphen 218 beseitigen. Wir wollen die Reform jetzt! 120 Jahre sind genug!"

(-/14. Mai 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Die friedliche Revolution - Enttäuschung und Erfolg (Teil II und Schluß)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Büchler, in der vorherigen Legislaturperiode deutschlandpolitischer Sprecher seiner Fraktion, hielt am 1. Mai im Rahmen der Mehlemer Diskussionswoche einen Vortrag, den wir in zwei Teilen dokumentieren.

Einer typischen Legendenbildung bei dieser Diskussion muß man entgegenreten. Es ist inzwischen ein gern geglaubtes Märchen, daß der öffentliche Dienst nicht bereit wäre, in die östlichen Teile unseres Landes zu gehen. Meine Erfahrung in der Zwischenzeit ist die, daß sehr wohl die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes bereit sind, ihre Aufgabe in diesem Sinne zu erfüllen. Aber natürlich müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Ich sage z.B., daß neben dem, was an berechtigter Auslöse nötig ist, sollten sie auch früher befördert werden, wenn sie zurückkommen. Warum sollten denn nicht diejenigen, die hier bleiben - es sozusagen irgendwie in schwierigen Zeiten bequemer haben -, nicht ein wenig warten zugunsten derer, die drüben Pionierarbeit machen? Dafür dürfte Akzeptanz vorhanden sein. Wir haben die "Betriebsanleitung" - sprich Gesetze und Verordnungen - in die neuen Bundesländer gebracht. Diese Betriebsanleitung muß aber gelesen werden können. Man kann schlechterdings nicht von den Angehörigen des Öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern erwarten, daß sie sich sozusagen über Nacht den über Jahre erworbenen Ausbildungs- und Wissensstand der westlichen Verwaltungsfachleute aneignen können. Ganz zu schweigen davon, daß die Menschen in den neuen Bundesländern ebensowenig von heute auf morgen ihr anerzogenes Verhaltensmuster gegenüber staatlichen Institutionen ablegen können.

Beim notwendigen Austausch des Öffentlichen Dienstes in West-Ost- und Ost-West-Richtung darf man sich nicht auf die oberen Beamtenränge konzentrieren. Möglicherweise kann ein hochgestellter und hochqualifizierter Finanzbeamter gar nicht mehr die Steuererklärung dem Neubürger erklären, der danach fragt. Aber z.B. der Hauptsekretär kann das sehr gut - und der ist in der jetzigen Situation ebenso und sogar notwendiger als der Regierungsdirektor. Es geht nicht an, daß wir die Gesetze den neuen Bundesländern überstülpen und sie dann alleine lassen. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie schwierig es ist, mit hochkomplizierten Gesetzestexten umgehen zu können. Wir brauchen auch den, der sie uns erklärt. Und das ist eben der geschulte Mann, der über 10 oder 20 Jahre gelernt hat, oder jedenfalls eine Lehrzeit hinter sich hat und dann diese Gesetze auszulegen und umzusetzen weiß. Genau dieses Umsetzen fehlt in den neuen Bundesländern fundamental.

Ein weiterer Punkt erschwert ein realistisches Anpacken der nun einmal existierenden Probleme bei der deutsch-deutschen Vereinigung: Es wird argumentiert, die Menschen in der ehemaligen DDR seien zu empfindlich, sie wollten eine solche Hilfe nicht, sie wollten sich ihre Besonderheit behalten usw... Das war jedoch nie eine Mehrheitsmeinung in der ehemaligen DDR. Das waren und sind die Sensibilitäten der Intellektuellen, oder derer, die sich für intellektuell halten. Identität erfahre ich doch auf anderen Gebieten. Wenn mir jemand hilft, die Stromrechnung zu lesen, die Einkommenssteuererklärung zu machen, ein Grundbuch zu lesen, dann ist das hier und in den neuen Bundesländern in Ordnung. Genauso se-

hen das die Menschen in der ehemaligen DDR bei jedem Gang auf irgendein Amt irgendeiner Bürokratie in jeder x-beliebigen Stadt. Sie lassen sich gerne helfen. Dadurch verliert niemand seine Identität. Von Bevormundung kann keine Rede sein.

Noch ein wichtiger Aspekt muß beim Namen genannt werden: Um die Seilschaften aus der ehemaligen SED zu zerschlagen, die uns nach wie vor unheimlich zu schaffen machen, wäre es wichtig, daß jeder siebte oder sechste öffentlich Bedienstete aus der alten Bundesrepublik in die neuen Länder versetzt würde. Auch aus diesem Grunde wäre der Austausch nötig, um ein destruktives Kapitel deutscher Geschichte zu durchbrechen und endgültig aufzulösen.

Das schädliche Jammern muß endlich ein Ende haben. Der Aufbauprozess in den neuen Bundesländern muß dynamisch angepackt werden. Ohne Zweifel stehen jetzt nach den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung genügend Gelder zur Verfügung. Es fehlt daran, diese Gelder effektiv einzusetzen. Damit der Prozess seine Akzeptanz in der gesamten deutschen Bevölkerung nicht verliert, dürfen wir nicht vergessen: Wir haben auch in den alten Bundesländern riesige Probleme, jeder sieht oder erlebt aus eigener Erfahrung die eklatante Wohnungsnot in jeder Stadt der Republik oder die zahlreichen Fälle von Mindestrenten. Auch diese existentiellen Probleme müssen bald gelöst werden. Die Investitionstätigkeit bei uns - im Ruhrgebiet z.B. oder in anderen Regionen - darf nicht vernachlässigt werden. Sonst zahlen wir in wenigen Jahren für Versäumnisse in den alten Bundesländern ein Mehrfaches von dem, was wir heute zahlen müssen. Im Augenblick ist viel aus den Fugen, Ungleichgewichte sind entstanden und entstehen im wachsendem Tempo. Es muß von den Regierenden ein weitgehend geschlossenes Konzept erarbeitet werden. Es muß Orientierungs- und Führungsarbeit geleistet werden. Diese Bundesregierung ist dazu offensichtlich immer weniger in der Lage.

Erfolge

Die erste friedliche deutsche Revolution auf deutschem Boden ist natürlich ein ungeheurer Erfolg an sich, der eigentlich keiner Begründung im Detail braucht. Millionen Menschen Freiheit und die Aussicht auf Selbstbestimmung, ich rede ja nicht einmal von der Aussicht auf mehr materiellem Wohlstand, gebracht zu haben, ist einfach phantastisch. Ich möchte in der Kürze der Zeit jedoch einen anderen Schwerpunkt setzen, der als Kardinalpunkt auf der Haben-Seite der historischen Ereignisse der deutschen Einigung stehen wird:

Europa sieht sich am Ende dieses Jahrhunderts inmitten einer politischen und wirtschaftlichen Neuordnung. Nach den demokratischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und der deutschen Vereinigung haben wir die große Chance, ein Gesamteuropa zu schaffen, das auf demokratischen Grundwerten, auf einem gemeinsamen Wirtschaftsraum und auf föderativen Strukturen aufbaut und in dem Frieden und Sicherheit nicht mehr auf militärischer Abschreckung beruhen, sondern durch demokratische Prozesse, durch enge Verflechtungen und Integration gewährleistet sind.

Erste Voraussetzung für eine leistungsfähige politische und wirtschaftliche Integration Europas ist es, die Effizienz der EG-Institutionen zu stärken und das da und dort vorhandene demokratische Defizit in der Gemeinschaft abzubauen. Fester Bestandteil einer europäischen Union muß eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sein. Die Sozialdemokraten fordern darüber hinaus, daß jetzt die notwendigen politischen Grundsatzentscheidungen fallen, um nach 1992 schrittweise eine zukünftige gesamteuropäische Union zu verwirklichen.

Es darf nicht sein, daß wir die politische Neuordnung am Ende dieses Jahrhunderts Europas im ausgehenden 20. Jahrhundert mit den nationalstaatlichen Kategorien des 19. Jahrhunderts beantworten. Mit Sorge beobachten wir, wie der Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa ein Vakuum hinterläßt, das in Gefahr steht, durch eine Woge von Nationalismus und Separatismus gefüllt zu werden, anstelle durch eine neue politische und auch sicherheitspolitische Ordnung. Die Neuordnung Europas darf nicht auf der Neukonstituierung des alten Nationalstaates aufbauen, dessen Konsequenz in der Geschichte die Mißachtung und Verfolgung nationaler Minderheiten war. Sie muß nach Auffassung der Sozialdemokraten von Staaten ausgehen, die mehrere Nationalitäten umfassen können, die Teil eines föderierten Europas sind, das nationale und andere Minderheitenrechte und Volksgruppenrechte achtet und unter seinen besonderen Schutz stellt.

Die neugewonnene Macht und die neugewonnene Souveränität der Deutschen darf sich nur in der Form einer gesteigerten Verpflichtung und eines gesteigerten Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Völkergemeinschaft nach außen niederschlagen. Diese besondere Verpflichtung besteht insbesondere gegenüber den Ländern des Ostens, denen Deutschland jetzt noch intensiver als bisher helfen muß, den Weg nach Europa zurückzufinden. Dies ist das große Ziel der Zukunft und dies ist eine große Chance der Deutschen.

Wir müssen zudem dafür sorgen, daß im Rahmen des synchronisierten Einigungsprozesses der Föderalismus gestärkt wird. Der Verlust politischer Kompetenzen auf nationaler Ebene darf nicht zu einer zentralistischen Zusammenballung politischer Bürokratien in Europa führen, deren Entscheidungen über regionalspezifische Strukturen und Bedürfnisse hinweggehen und deshalb von den Bürgern in Europa nicht akzeptiert werden. Für uns eröffnet sich gerade jetzt durch den Prozeß der deutschen Einheit die einmalige Chance, über eine Verstärkung der Länderkompetenzen im Rahmen eines gesamtdeutschen Föderalismus ein Beispiel zu geben auf dem Weg zum Europa der Regionen und diesem staatlichen Organisationsprinzip europaweit zum Durchbruch zu verhelfen.

Gerade vor dem Hintergrund des deutschen Einigungsprozesses muß es das vorrangige Ziel der europäischen Einigung sein, ein Europa mit föderalen Strukturen zu schaffen, das die Erhaltung der kulturellen Eigenarten, der gesellschaftlichen Vielfalt, eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung und die Bürgernähe der Entscheidungen in den Mitgliedstaaten gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund einer einmaligen historischen Chance für das weitere friedliche Zusammenleben der Völker Europas kann die deutsche Einigung ein Glücksfall gewesen sein. Wenn dem so ist, liegt exakt hierin ihr größter Erfolg.

Ausblick

Die staatliche Einigung ist vollzogen. Aber jetzt - nach der staatlichen Vereinigung beginnt der schwierige und langwierige Prozeß der gesellschaftlichen Vereinigung. Deren Schwierigkeiten sind nicht richtig eingeschätzt worden. Jetzt geht es darum, die Lebensverhältnisse der Menschen im Osten und Westen des vereinten Staates einander anzugleichen. Denn erst dann, wenn unter einem staatlichen Dach nicht mehr zwei Gesellschaften leben, wird man wirklich davon sprechen können, daß Deutschland vereint ist.

Eine Politik, die mit den großen Problemen der gesellschaftlichen Vereinigung fertig werden will, hat zwei Voraussetzungen: Eine nüchterne Analyse und möglichst genaue Bilanzierung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Lage und eine ehrliche Prüfung und Darstellung der finanziellen Möglichkeiten und Entwicklungen. Dies ist immer noch nicht geleistet worden.

Wir müssen sofort die Voraussetzungen für das notwendige Aufholwachstum schaffen: Dazu gehört ein durchdachtes Programm zur Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur. Der Bedarf an Modernisierung und Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur ist ganz entscheidend für die Entwicklung einer modernen Wirtschaft in der DDR. Wir müssen private Investitionen fördern und Investitionshemmnisse beseitigen.

Wir müssen die Gemeinden schleunigst handlungsfähig machen. Fragen der kommunalen Infrastruktur, der wirtschaftsnahen kommunalen Dienstleistungen sowie der Finanzausstattung der Kommunen sind bisher vernachlässigt worden.

Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das Nachholwachstum im östlichen Deutschland ökologisch ausgerichtet ist. So ist unter anderem gerade in Anbetracht der energiepolitischen Sünden der DDR die energiepolitische Erneuerung der Schlüssel für ein ökologisch ausgerichtetes Wachstum.

Wir müssen für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sorgen. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das soziale Sicherheitssystem funktionieren kann. Mit einer Anschubfinanzierung allein ist dies nicht getan. Wir müssen ein umfassendes Wohnungsbauprogramm auf den Weg bringen. Wir dürfen nicht die Arbeitslosigkeit hinnehmen, sondern müssen die Beschäftigung fördern. Dazu können sofort Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften gegründet werden, die den Anpassungsprozeß begleiten und den unvermeidlichen Abbau von Arbeitsplätzen sozialverträglich gestalten. (-/15. Mai 1991/rs/fr)
